

Region

Biel soll zweisprachiger werden

Biel Laut Stadtrat Pascal Bord (PRR) setzt sich die Stadt Biel nicht genügend für die Zweisprachigkeit ein. Der Politiker spielt vor allem auf die öffentlichen Plakate und den Empfang in einigen Verwaltungsbetrieben an.

Didier Nieto/rw

Setzt sich die Stadt Biel wirklich genügend für ihre Zweisprachigkeit ein? Diese Frage, welche die französischsprachige Gemeinschaft regelmässig beschäftigt, steht diesmal im Zentrum einer Interpellation, die Pascal Bord (PRR) an der letzten Stadtratssitzung eingereicht hat. «Ich habe da so meine Zweifel», erklärt der Politiker. «42 Prozent der Bieler Bevölkerung und somit fast die Hälfte sind Romands. Diese gelten aber weiterhin als Minderheit.» Dabei sollten sie laut ihm den Deutschschweizern gleichgestellt sein.

Fortschritte erforderlich

Pascal Bord muss aber zugeben, dass die Lage der Französischsprachigen nicht «katastrophal» ist. «Trotzdem sind in gewissen Bereichen noch grosse Fortschritte erforderlich», betont er. In seinem Vorstoss erwähnt er insbesondere die Schilder mit Informationen und Werbung, die nicht ausreichend zweisprachig seien. Dasselbe gilt für die Beschriftung in den Geschäften und Restaurants.

Der Politiker weist auch auf einige Lücken innerhalb der Verwaltung hin. Denn diese könne der Bevölkerung nicht bei allen Dienststellen einen zweisprachigen Empfang gewährleisten. Dieser Punkt sei aber nicht der Hauptgegenstand des Vorstosses, sondern werde in einem anderen Postulat behandelt (siehe Zweittext rechts).

Mangelnder Wille

Für Pascal Bord weisen diese Lücken in der Zweisprachigkeit auf den «mangelnden Willen» der Stadt hin. «Die Forderungen, welche die öffentlichen Schilder oder die Beschriftung betreffen, wurden Anfang 2000 im Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten zum Sonderstatusgesetz erlassen», sagt Bord. Dieses Gesetz, das 2006 inkraft getreten ist, zielt darauf ab, die Lage der frankophonen Bevölkerung als sprachliche Minderheit zu stärken. «Leider fehlte es aber an politischem Willen,



Pascal Bord findet, dass es an «politischem Willen» fehlt, alle öffentlichen Schilder zweisprachig zu machen.

ANNE-CAMILLE VAUCHER/A

diesen Forderungen nachzukommen.»

Mit seinem Vorstoss möchte Pascal Bord somit «politischen Druck» auf den Gemeinderat ausüben. «Denn wenn man die grösste zweisprachige Schweizer Stadt sein möchte, hat man die Verantwortung dafür, dass diese Zweisprachigkeit überall respektiert wird», fügt er hinzu.

Ver mehrt sensibilisieren

Konkret erwartet der Politiker von der Stadt, dass diese ihre Sensibilisierungsarbeit bei den Geschäften und Betrieben verstärkt. «Sie könnte eine Charta der Zweisprachigkeit entwerfen, um die Firmen – insbesondere im Verkauf und im Gastgewerbe – dazu anzuregen, in beiden Sprachen zu kommunizieren», sagt er.

Darauf angesprochen, dass diese Arbeit in einem bestimmten Masse bereits vom Forum für die Zweisprachigkeit geleistet werde, erklärt er: «Ja, aber bei allem Respekt, den ich gegenüber dieser Institution hege, denke ich, dass ein Vorgehen der Stadt noch mehr Auswirkungen hätte.»

Was die öffentlichen Plakate anbelangt, ruft Pascal Bord den Gemeinderat dazu auf, den Vertrag mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) zu ändern. Diese ist für die öffentliche Werbung in der Stadt zuständig. Derzeit enthält der Vertrag in Bezug auf die Sprachen keinerlei Verpflichtungen, also auch nicht im Bezug auf die Zweisprachigkeit. «Nun hat der Gemeinderat die Macht, dafür zu sorgen, dass die Zweisprachigkeit besser berücksichtigt wird», sagt Bord.

Nicht überall zweisprachig

Nach Ansicht des Stadtrats Pascal Bord (PRR) ist die **Bieler Verwaltung** nicht immer in der Lage, für die Bevölkerung einen **zweisprachigen Empfang** zu gewährleisten. «Laut einigen Quellen können einige Ämter nicht auf Deutsch und Französisch antworten», erklärt er. Der Politiker hat deshalb ein **Postulat eingereicht**. Darin fordert er die Stadt auf, die Qualität des Empfangs ihrer Kontaktstellen zu **überprüfen** und die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, damit ein Empfang in beiden Sprachen gewährleistet werden kann. Dazu muss sie auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. «Die Forderung, dass jeder Angestellte **perfekt zweisprachig** sein soll,

ist eine Utopie. Jeder sollte aber mindestens am Telefon auf Deutsch und Französisch antworten oder sich am Schalter in beiden Sprachen um den Empfang kümmern können», sagt er. Wenn dies nicht der Fall ist, solle ein Kollege beigezogen werden, der die Sprache spricht. **Das Label für die Zweisprachigkeit**, das die Stadt 2014 erhalten hat, bescheinigt jedenfalls, dass sich die Beamten in ihrer Sprache an die Bevölkerung wenden. «Ich möchte dieses **Label auf keinen Fall anzweifeln**. Aber es gibt immer Möglichkeiten, sich zu verbessern», stellt Pascal Bord fest. Nun hat der Gemeinderat **sechs Monate** Zeit, um das Postulat zu beantworten. *dni*

Haus der Kirchgemeinde wird vorgestellt

Büren Das sanierte reformierte Kirchgemeindehaus in Büren wird am kommenden Samstag der Bevölkerung vorgestellt. Die Baukommission wird den Besuchern Red und Antwort stehen.

Zwar muss die Ostfassade des Kirchgemeindehauses in Büren noch gestrichen und die Umgebungsarbeiten in Angriff genommen werden. «Bis auf wenige Arbeiten, die noch gemacht werden müssen, sind wir aber bereit, das renovierte Kirchgemeindehaus der Bevölkerung zu zeigen», sagt Albert Rüegg, Kirchgemeinderat und Präsident der Baukommission. Und er ist überzeugt, dass «das Resultat sicher den meisten gefallen wird».

Es ist einiges gegangen in den letzten Monaten. Wände sind herausgerissen und neue Räume geschaffen worden. Im Obergeschoss sollen die KUV-Schüler und -Schülerinnen bald in einem 52 Quadratmeter grossen lichtdurchfluteten Dachzimmer unterrichtet werden.

Für die Sanierung des Gebäudes wurde ein Kostendach von 1,5 Millionen Franken gesprochen. Die neue Industrieküche mit Steamer und Durchreiche konnte gar viel günstiger als geplant realisiert werden.

«Gastfreundschaft ist wichtig»

Der sanierte Saal, in dem 120 Personen Platz finden, ist unterteilbar – ideal für Sitzungen, Vereinsanlässe oder Feiern von Privatpersonen. Dieser soll in Zukunft auch günstig vermietet werden. «Gastfreundschaft und ein offenes Haus sind uns sehr wichtig», sagt Albert Rüegg.

Diese Gastfreundschaft will der Kirchgemeinderat an einem «Tag der offenen Tür» unter Beweis stellen. «Wir laden die Bevölkerung ganz herzlich ein, sich ein Bild des neu renovierten Gebäudes zu machen.» Sollte es Fragen dazu geben, werde die Baukommission gerne Red und Antwort stehen.

Die offizielle Eröffnungsfeier findet dann aber erst am 18. August statt. «Dann werden sicher auch die Gartenarbeiten abgeschlossen sein», sagt Rüegg. *sst*

Info: Der «Tag der offenen Tür» findet am Samstag von 14 bis 17 Uhr statt.

Kreuzplatz darf ein neues Gesicht erhalten

Biel Ein neuer Quartierkern für Madretsch: Die Bieler haben gestern deutlich Ja gesagt zur Zonenplanänderung, die beim Kreuzplatz eine Überbauung inklusive Hochhaus ermöglicht.

Es ist ein deutliches Verdikt: 80,6 Prozent haben gestern Ja gesagt zur Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich des Kreuzplatzes. Diese ermöglicht eine Wohnüberbauung im Zentrum von Madretsch. Stadtpräsident Erich Fehr (SP) zeigte sich deshalb am gestrigen frühen Nachmittag entsprechend zufrieden: Der Abstimmung sei eine lange Planungsphase vorausgegangen und entsprechend froh sei er über die Unterstützung der Stimmbewohner. «Es war wichtig, nicht auf der Zielgeraden zurückgepfiffen worden zu sein», so Fehr.

Mit dem deutlichen Ja war zu rechnen, hatte sich im Vorfeld der Abstimmung doch keine Opposition gegen die Vorlage geregelt. Im Stadtrat war das Geschäft im vergangenen November ohne Gegenstimme verabschiedet worden. Die rund 80 Prozent Zustimmung sind die logische Konsequenz – erfahrungsgemäss werden unbestrittene Vorlagen in Biel mit einer Mehrheit dieser Grössenordnung genehmigt.

Mit dem Ja zur Anpassung der baurechtlichen Grundordnung wird sich das Quartierbild von Madretsch in absehbarer Zeit deutlich verändern. Die neue Zonenplanung ermöglicht auf dem Schnyder-Areal auf 15 000 Quadratmetern um die 150 neue Wohnungen. Herzstück der Überbauung soll ein Hochhaus mit einer Höhe von maximal 46 Metern werden. Heute ist das Ge-

biet zwischen Madretschstrasse und der ehemaligen Seifenfabrik geprägt von Parkplätzen, zudem wird hier verschiedenstes Material zwischengelagert. Mit der Wohnüberbauung soll das Quartier, und insbesondere die in Ver- ruf geratene Madretschstrasse, aufgewertet werden.

Das hat einen direkten Zusammenhang mit dem A5-Ostast, der im Oktober 2017 eröffnet wurde. Vor dieser Eröffnung sei der Kern des Quartiers Madretsch im Laufe der Zeit mehr und mehr zu einer einzigen Durchgangsstrasse verkommen, sagte Fehr im November im Parlament. Der Ostast hat zusammen mit den verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfm) aber dazu geführt, dass die Verkehrsbelastung beim Kreuzplatz fast halbiert werden konnte.

Das heisst handkehrum: Die Madretschstrasse wird als Wohn-

ort attraktiver. Und: Der Kreuzplatz soll mittelfristig völlig neu gestaltet werden. Das war zwar nicht direkt Gegenstand der gestrigen Abstimmung, die Anpassung der baurechtlichen Grundordnung schafft aber den nötigen Platz für den «neuen» Kreuzplatz. «Mit dem Ostast haben wir ganz neue Möglichkeiten», sagt denn auch der Stadtpräsident. Zwar werde die Kreuzung nun nicht sofort umgestaltet, das gestrige Ja an der Urne habe aber die städtebauliche Planung dazu sichergestellt.

Trotz geplanter Überbauung: Der rotbraune Schornstein, der so charakteristisch ist für das Schnyder-Areal beim Kreuzplatz, bleibt bestehen. Er steht für die Vergangenheit, als hier noch Seife produziert wurde, ehe die Fabrik 1989 stillgelegt werden musste. Der Schornstein ist weit-

herum sichtbar, ansonsten ist heute von aussen vom Schnyder-Areal nicht viel zu sehen, nicht von der ehemaligen Fabrik und schon gar nicht von der stattlichen Schnyder-Villa mit Baujahr 1901 (die ebenfalls erhalten bleibt). Dabei herrscht weiterhin viel Betrieb hinter Zaun und Bäumen, in der Fabrik sind heute diverse Firmen untergebracht, ebenso diverse Architekturbüros. Auch das soll so bleiben.

Gebaut werden soll auf dem Schnyder-Areal zwar so schnell wie möglich, das dürfte aber nicht vor 2021 sein. Vorerst gilt es nun, das Projekt in einer Überbauungsordnung zu konkretisieren. Auch ein Investor hat die Gebrüder Schnyder & Cie. AG, der das grösste Stück der Parzelle gehört, noch nicht gefunden. *Lino Schaeren*

Terrassenhäuser dürfen kommen

Twann-Tüscherz Die Änderung der Bauzone in Alfermée ist beschlossene Sache. Der Überbauungsordnung Terrassenhäuser stimmte die Bevölkerung von Twann-Tüscherz gestern mit 270 Ja-Stimmen gegen 87 Nein-Stimmen bei neun Enthaltungen zu. Diese Änderung ermöglicht es den neuen Landeigentümern, der Strässler Generalbau AG aus Biel und Robert Kopp aus Tüscherz-Alfermée, die vier geplanten Terrassenhäuser an der Gaichtstrasse in Alfermée zu bauen. Diese sollen zum Teil über zwei Geschosse reichen. Zudem sind Einstellhallenplätze vorgesehen. Doch wann mit dem Baubeginn zu rechnen ist, bleibt unklar. Denn gegen das Bauprojekt liegen eine Einsprache, eine Rechtsverwahrung und ein Lastenausgleichsanspruch vor. Ob die Abstimmung einen Einfluss auf den Umgang mit der Einsprache hat, wird sich zeigen. *haf*